

Götz Rohwer/Rainer Künzel/Dirk Ipsen

Marx und die gegenwärtige Akkumulationskrise: Überlegungen zur Theorie der Profitratenentwicklung

1. Einleitung

Um welche Sachverhalte es geht, wenn von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gesprochen wird, erscheint offensichtlich: Sowohl die seit zehn Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit als auch die Welle von Konkursen und sonstigen Formen der Kapitalvernichtung vermitteln den Eindruck einer besonderen Form der Krise. Das Besondere tritt dabei vor allem durch die zeitliche Ausdehnung der Krisenphänomene hervor. Zeiträume von zehn und mehr Jahren überschreiten die übliche Dauer zyklischer Konjunkturen und ihrer einzelnen Phasen. Es handelt sich hier also um ein mittelfristiges Phänomen, das durch eine überzyklisch anhaltende Veränderung des Niveaus der wirtschaftlichen Aktivitäten gekennzeichnet ist.

Ein anderer Aspekt der Krisenwahrnehmung ergibt sich aus einem historischen Vergleich mit der vorangegangenen Akkumulationsgeschichte der Nachkriegszeit: Hier drückt sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise vor allem in vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten der Investitionen, der Produktion und des Absatzes aus. Aus diesen Beobachtungen speist sich die verbreitete Ansicht, die Wachstumsraten der Produktion usw. seien zu niedrig, um die Vollbeschäftigung zu erhalten oder in absehbarer Zeit wieder herzustellen. Mit der Entwicklung nach 1974 habe eine neue Phase der Akkumulationsbewegung eingesetzt, die sich hinsichtlich der Wachstumsdynamik deutlich vom ersten Abschnitt der Nachkriegsentwicklung unterscheidet.

Es gibt — so ließe sich die Erfahrung zusammenfassen — nicht einen einzigen Wachstumstrend, der von zyklischen Schwankungen überlagert ist, sondern mindestens zwei Perioden, die durch deutlich unterscheidbare ökonomische Entwicklungsmuster charakterisiert sind. Auf diese beiden Elemente der Krisenerfahrung beziehen sich denn auch die gängigen Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung, gleichgültig ob sie die Fortsetzung der stagnativen Entwicklung hervorheben oder glauben, die Wende mit wirtschaftspolitischen Mitteln herbeiführen zu können.

Auch die im wesentlichen theoretische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Krise in diesem Beitrag geht vor allem der Frage nach, welche Faktoren dafür verantwortlich zu machen sind, daß es zu einer anhaltend depressiven Phase der wirtschaftlichen Entwicklung gekommen ist. Diese Aufgabe kann auf verschiedene Weise angegangen werden:

(1) Für den Phasenübergang werden außerhalb des Wirtschaftssystems angesiedelte exogene Ursachen verantwortlich gemacht. Das könnten sowohl veränderte natürliche Bedingungen der Akkumulation sein (Ressourcenverknappung, Arbeitskräftemangel, Naturschranken der technologischen Entwicklung), die gegenwärtig das Wachstum verlangsamen. Aber dieser Typ der Argumentation kann auch anders gewendet werden: Die erste Phase der Nachkriegsentwicklung sei durch besonders günstige äußere Wachstumsbedingungen charakterisiert, die sukzessive entfallen und schließlich in »normale« Verhältnisse übergegangen seien. Die gegenwärtige Krise wird hier als historisch kontingent aufgefaßt, denn sie verdankt sich überwiegend einer historisch einmaligen Konstellation. Das Problem dieses Ansatzes be-

steht dann darin, das simultane Auftreten der gegenwärtigen Krise in den wichtigsten kapitalistischen Ländern einsichtig zu machen, obgleich etwa die Ressourcenausstattung und die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich sind.

(2) Der Zugang zur Erklärung der gegenwärtigen Krise wird im Warencharakter der Produktionsergebnisse gesehen und daher vor allem die Nachfrage- und Absatzseite des Kreislaufes in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bilden dementsprechend Änderungen im (inländischen und ausländischen) Nachfragerverhalten. Die Krise resultiert dann aus der Anpassung des Wachstumstempos an eine verringerte Endnachfrage mit entsprechenden Folgen für Kapitalbildung und Beschäftigung.

Bei diesem Ansatz besteht die Aufgabe darin, zu zeigen und ggf. zu erklären, daß und warum im Vorlauf zur gegenwärtigen Krise eine gegenüber den Produktionsmöglichkeiten zu niedrige Endnachfrage (zu hohe Sparquote) aufgetreten ist, von der der Druck zur Anpassung der Produktion ausgegangen ist. Das Problem ist nicht nur empirischer, sondern auch theoretischer Art: Bekanntlich ist die Periode vor dem Beginn der Krise — also etwa der Zeitraum von 1965-1974 — durch eine wachsende Inflationstendenz gekennzeichnet. Es müßte also plausibel gemacht werden, wie eine tendenziell verminderte Endnachfrage mit wachsender Inflation in Einklang zu bringen ist.

(3) Ein dritter Ansatzpunkt zur Erklärung der gegenwärtigen Krise setzt bei den »inneren Widersprüchen« der Kapitalakkumulation an. Anders als bei den oben genannten Vorgehensweisen lautet die These in allgemeiner Form, daß der Prozeß der Kapitalakkumulation aus sich heraus, also durch die Handlungen seiner personalen Träger, Bedingungen erzeugt, die seiner schrankenlosen Fortsetzung entgegenstehen. Dies ist der Leitgedanke der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie. Marx hat ihn auf mehreren Theoriebildungsebenen auszuarbeiten und zu begründen versucht; zunächst in Gestalt einer Theorie, die die konjunkturelle Bewegungsform der Kapitalakkumulation als einen endogen erzeugten Prozeß erklären soll.¹

Marx ist indessen bei einer Theorie konjunktureller Krisen nicht stehengeblieben. Er hat versucht, eine weitere Theoriebildungsebene zu erschließen, um auch überzyklische Bewegungsformen der Kapitalakkumulation theoretisch erfassen zu können. Da die Dauer konjunktureller Krisen für folgenreiche soziale Lernprozesse nicht ausreicht, sind auch gerade die mittelfristigen Bewegungsformen der Kapitalakkumulation für ein Verständnis sozialen Wandels von besonderer Bedeutung. Wiederum ist für Marx der oben genannte Leitgedanke wesentlich: Der Prozeß der Kapitalakkumulation erzeugt aus sich heraus Bedingungen, die seiner schrankenlosen Fortsetzung entgegenstehen. Diese entwickeln sich schließlich zu Ursachen für anhaltende Krisen im sozialen Reproduktionsprozeß, die nicht bereits im gewöhnlichen Konjunkturablauf behoben werden können und daher politische Reaktionen mit der Folge einer Umbildung der Produktionsverhältnisse herausfordern.² Auf dieser weitergehenden Theoriebildungsebene ist eine der zentralen Behauptungen von Marx das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate.

Wichtig für unsere Zielsetzung, die gegenwärtige Krise auf profitratentheoretischer Grundlage erklärbar zu machen, ist insbesondere der Sachverhalt, daß empirische Beobachtungen für eine Reihe kapitalistischer Länder seit Ausbruch der Krise 1974 eine überzyklisch sinkende Tendenz der Kapitalrenditen aufweisen.³ Das gilt z.B. sowohl für die USA, als auch für England und die Bundesrepublik Deutschland. Hierin sehen wir einen guten Beleg für unsere Vermutung, daß sich hinter den länderspezifischen Verläufen ein allgemeines, also theoretisch erschließbares, Phänomen verbirgt.⁴

Diese Bemerkungen mögen auch ohne eine nähere Darstellung des Zusammenhangs zwischen Profitratenbewegung und wirtschaftlicher Entwicklung genügen, um die Ausarbeitung eines Ansatzes zur Krisenerklärung auf profitratentheoretischem Hintergrund zu legitimieren. Wenn es allerdings nur darum ginge, die Marxsche Argumentation zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate auf die aktuelle Situation anzuwenden, wäre die Aufgabe rasch erledigt. Denn die inzwischen lang anhaltende Diskussion über dieses Gesetz⁵ hat deutlich gemacht, daß weder Marx' Formulierung noch seine Begründung befriedigend gelungen sind. Die Diskussion hat gezeigt, daß ein grundlegendes Problem bereits darin liegt, die von Marx intendierte Theoriebildungsebene zu erschließen, auf der historische Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise als endogen erzeugte Prozesse theoretisch reflektiert werden können. Die Frage nach einem adäquaten Verständnis der mit Marx' Gesetz formulierten Aussage hängt damit unmittelbar zusammen.

Marx' eigene Formulierungen sind in dieser Frage nicht eindeutig. Manche seiner Ausführungen deuten auf eine säkular gemeinte Behauptung über die Profitratenentwicklung hin. Diese Interpretation des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate führt dann i.d.R. zu dem Ergebnis, Marx habe einen langfristig unbeschränkt steigenden Kapitalkoeffizienten unterstellt (z.B. Holländer 1974). Aber diese Vorgehensweise liefert keinen sinnvollen Theorieansatz. Schwierigkeiten entstehen bereits bei dem Versuch, eine derartige Annahme konsistent zu formulieren.⁶ Das wesentliche Problem liegt jedoch darin, daß es für Modelle mit einem säkularen Zeithorizont einen empirischen Gegenstand strenggenommen nicht gibt. Denn dies setzte einen historisch bestimmten raum-zeitlichen Bezug voraus, der in derartigen Modellen nicht hergestellt werden kann. Die für die Behauptung einer säkular fallenden Profitrate erforderlichen Modellannahmen über die Entwicklung der Produktionsmethoden und der Reallöhne haben daher unvermeidlich einen spekulativen Charakter.

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate muß nun aber nicht unbedingt als eine Behauptung mit säkularem Geltungsanspruch interpretiert werden. Tatsächlich ist auch für Marx dieses Gesetz primär nur ein Modell, um realhistorische Prozesse der Kapitalakkumulation theoretisch zu deuten (vgl. etwa Marx 1894, 15. Kapitel). Daß Marx nicht umstandslos eine spekulative Annahme über die langfristige Technik- und Reallohnentwicklung unterstellt werden kann, zeigen bereits seine zahlreichen Hinweise auf »entgegenwirkende Ursachen«, die die zu erklärende Profitratentendenz brechen können.

Die Betonung »entgegenwirkender Ursachen« hat allerdings zur Folge, daß die Vorstellung einer sich notwendig durchsetzenden Tendenz zum Fallen der Profitrate theoretisch unfaßbar wird. Das ist dann fatal, wenn man an der Behauptung festhalten will, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß notwendigerweise für längere Entwicklungsphasen (wenn auch nicht säkular) eine fallende Profitrate hervorbringt. Doch auch diese Interpretation des Marxschen Gesetzes muß nicht unbedingt aufrechterhalten werden. Denn für Marx war der tendenzielle Fall der Profitrate nicht eine sich aus seiner Analyse der Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus ergebende theoretische Vermutung, deren Gültigkeit die historische Erfahrung erweisen oder widerlegen mußte; vielmehr war der tendenzielle Fall der Profitrate für ihn ein in der historischen Entwicklung des Kapitalismus gegebener Sachverhalt, der nach einer theoretischen Erklärung verlangte. Sicherlich kann man die empirische Berechtigung für diese Annahme in Frage stellen. Aber es zeigt sich darin doch ein im Vergleich zu vielen späteren Rekonstruktionsversuchen wesentlich anderes Verhältnis von Theorie und Empirie. Die Theorie bei Marx ist nicht als Hypothesenbildung im Hinblick auf »falsifizierbare« empirische Implikationen angelegt, sondern der Theoriebildung ist ihr empirischer Ge-

genstand — historische Abläufe, die nach einer (handlungsleitenden) theoretischen Deutung verlangen — vorausgesetzt.

Die empirischen Beobachtungen des Profitratenverlaufs deuten darauf hin, daß es sich um mittelfristige Entwicklungsphasen handelt und nicht um eine »säkulare« Tendenz. Insbesondere die Übergänge zwischen Phasen einer steigenden oder konstanten Profitrate und Phasen einer fallenden Profitrate ziehen das Erklärungsinteresse auf sich. Da dieser Sachverhalt sich sowohl zeitlich wiederholt als auch im internationalen Vergleich häufiger (und zum Teil simultan) auftritt, sollte nicht versucht werden, die Erklärung auf Sonderfaktoren zu gründen. Wir fragen deshalb nach theoretischen Erklärungsmöglichkeiten für diesen Sachverhalt, wobei wir uns von dem eingangs genannten Marxschen Gedanken leiten lassen, daß derartige Profitratenbewegungen als nicht-intendierte Handlungsfolgen aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß resultieren.

Wir werden also zunächst die zentralen Diskussionspunkte zu Marx' Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate verfolgen (Abschnitt 2) und im Anschluß einige Überlegungen vortragen, wie dem Marxschen Leitgedanken unter Berücksichtigung berechtigter Einwände gegen seine Begründung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate Rechnung getragen werden kann (Abschnitte 3 und 4). Im Anschluß hieran gehen wir der Frage nach, wie die Profitratenentwicklung mit dem Akkumulationsverlauf verknüpft ist (Abschnitt 5).

2. Präzisierung der Problemstellung

Im Anschluß an Marx ist das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate in der Regel auf einem Abstraktionsniveau behandelt worden, auf dem zwei Faktoren für die Entwicklung der Profitrate bedeutsam sind: die Produktionsmethoden und die Reallöhne. Dies ist insbesondere der Fall in den linearen Mehrsektoren-Modellen vom Leontief-Typ mit einer allgemeinen Profitrate als Gleichgewichtsbedingung, die in der Diskussion um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate insbesondere seit Okishio (1961) fast durchgängig verwendet werden. Im Unterschied zu Modellen aus dem Umkreis der allgemeinen Gleichgewichtstheorie scheinen sich diese (»neocardianischen«) Modelle deshalb gut für eine Erörterung des Marxschen Gesetzes zu eignen, weil in ihnen die Verteilung exogen bestimmt ist. Wir werden jedoch weiter unter argumentieren, daß gerade hierin ein wesentlicher Mangel dieser Modelle liegt.

Das Problem, eine fallende Profitrate zu erklären, wird sofort deutlich, wenn man davon ausgeht, daß jeder einzelne Kapitalist eine maximale Verwertung seines Kapitals anstrebt und daher (im Rahmen seiner gegebenen Handlungsalternativen) nur solche Veränderungen in seinen Produktionsmethoden vornimmt, die diesem Ziel voraussichtlich dienen. Denn daraus scheint zu folgen, daß es zu einer fallenden Profitratentendenz nicht, wie Marx behauptet hat, aufgrund der Einführung neuer Produktionsmethoden, sondern nur aus Gründen kommen kann, die für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß äußerlich und kontingent sind. Marx war sich jedoch dieser Problemstellung bewußt. »Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch soviel produktiver sein oder um noch soviel die Rate des Mehrwerts vermehren, freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert.« (Marx 1894, S. 275). Trotzdem hält er daran fest, daß für die theoretische Interpretation einer (empirisch beobachteten) negativen Profitratentendenz die mit dem Ziel der Profitmaximierung vorgenommene Einführung neuer Produktionsmethoden der entscheidende Gesichtspunkt ist. Der Ausgangspunkt für diese Überlegung ist auch klar: Weil privat, aus der Perspektive ein-

zelwirtschaftlicher Kapitalverwertung, über den Einsatz neuer Produktionsmethoden entschieden wird, können die bei den Investitionsentscheidungen erwartete Profitrate und die hinterher im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt realisierte Profitrate voneinander abweichen; die realisierte kann insbesondere niedriger als die erwartete Profitrate sein.

Zur Begründung dieser Möglichkeit könnte dabei auf unsichere Zukunftserwartungen und subjektive Fehleinschätzungen verwiesen werden, die mehr oder weniger mit allen Investitionsentscheidungen verbunden sind. Mit diesem Argument wäre allerdings nur ein Ausgangspunkt gewonnen, um den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß als einen nicht immer schon im Gleichgewicht befindlichen Entwicklungsprozeß betrachten zu können. Sie zeigt nicht, wie es zu einer systematischen, anhaltenden Differenz zwischen erwarteter und realisierter Profitrate kommen kann und liefert daher noch keine Begründung für eine Tendenz zum Fallen der Profitrate. Die Dynamik von Erwartungsbildung und Erwartungsenttäuschung kann nur der Erklärung kurzfristiger Anpassungsprozesse dienen, nicht aber einer Erklärung von überkonjunkturellen Phasen der ökonomischen Entwicklung.⁷

An dieser Stelle setzten auch die meisten derjenigen Arbeiten ein, die eine Kritik des Marxschen Gesetzes intendiert haben. Ihr Ausgangspunkt ist die Formulierung eines Kostenkriteriums für die Einführung neuer Produktionsmethoden: Neue Produktionsmethoden werden nur dann eingeführt, wenn sie bei gegebenen Lohn- und Preisverhältnissen zu einer Produktionskostensenkung führen.⁸ In dieser Formulierung impliziert das Kostenkriterium insbesondere die Annahme konstanter Reallöhne.⁹ Es ist dann gezeigt worden, daß die Einführung neuer Produktionsmethoden, die dem Kostenkriterium genügen, nicht zu einer fallenden, sondern zu einer steigenden Profitrate führt (Okishio-Theorem).¹⁰

Die vorherrschende Interpretation dieses Ergebnisses ist, daß damit die Marxsche Behauptung widerlegt worden sei: »We must accept the conclusion, that every technical innovation adopted by capitalists in basic industries necessarily increases the general rate of profit unless the rate of real wages rises sufficiently«¹¹. Wenn also die Profitrate (auf dem Abstraktionsniveau dieser theoretischen Argumentation) überhaupt fällt, dann nicht aufgrund der Einführung neuer Produktionsmethoden, sondern weil die Reallöhne, oder allgemeiner: exogen definierte Kosten für den Produktionsprozeß, steigen.

Der Gegensatz ist offensichtlich: Während für Marx eine negative Profitratentendenz aus der Organisationsform des kapitalistischen Akkumulationsprozesses resultiert, so daß diese den weiteren Gegenstand der Kritik bildet, sind es aus der Sicht des Okishio-Theorems überzogene Reallohnansprüche, die die Produktivität des Systems überfordern und seine Reproduktion gefährden.

Von marxistischer Seite aus wurde die auf das Okishio-Theorem gegründete Kritik mit einer Reihe von Überlegungen zurückzuweisen versucht. Die erste Überlegung bezieht sich darauf, daß dieses Theorem zunächst anhand von Modellen (linearen Produktionsmodellen vom Leontief-Typ mit einer allgemeinen Profitrate als Gleichgewichtsbedingung) abgeleitet worden ist, in denen nur zirkulierendes Kapital berücksichtigt wird. Es ist daher eingewendet worden, daß bei Berücksichtigung fixen Kapitals durchaus andere Ergebnisse resultieren können (Stamatis 1977, S. 147 ff., Shaik 1978). Das Argument läuft darauf hinaus, daß trotz steigender Kostenrentabilität die auf das insgesamt eingesetzte Kapital berechnete Profitrate fallen kann, wenn nur das zu ihrer Produktion eingesetzte fixe Kapital infolge der Einführung neuer Produktionsmethoden hinreichend zunimmt. Dieser Einwand ist jedoch — für sich genommen — nicht überzeugend. Im Unterschied zu spekulativen Annahmen über die

Entwicklung des technischen Fortschritts liefert das Kostenkriterium eine stichhaltige Begründung für die Einführung neuer Produktionsmethoden unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen¹². Denn es besagt, daß sich kapitalistische Unternehmen bei der Einführung neuer Produktionsmethoden von einer Maximierung ihrer erwarteten Profitrate leiten lassen — und dies natürlich auch bei Vorhandensein von fixem Kapital. Daher ist es ohne weiteres möglich, das Kostenkriterium in einem geeigneten Modell so zu reformulieren, daß der Existenz fixen Kapitals Rechnung getragen wird und dann das Okishio-Theorem erneut abzuleiten (vgl. Nakatani 1980, Roemer 1979, S. 385 ff., Roemer 1981, S. 119 ff.).

Ein zweiter Einwand richtet sich gegen die Voraussetzung »vollkommener Konkurrenz«, wie sie implizite in den auf das Okishio-Theorem gegründeten Argumentationen enthalten ist. Besonders von Shaik (1978, 1980) wurde betont, daß Situationen vorstellbar sind, in denen sich kapitalistische Unternehmen, um sich in der Konkurrenz und gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften durchzusetzen, nicht nach dem Kostenkriterium im Sinne einer Maximierung ihrer erwarteten Profitrate richten. Diese Argumentation ist sicherlich nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.¹³ Dennoch kann wohl gesagt werden, daß das von Shaik vorgetragene Argument keine systematischen Gründe aufzeigt, die zur Einführung von (bei gegebenen Reallöhnen) weniger profitablen Produktionsmethoden führen.

Ein dritter Einwand bezieht sich auf die Voraussetzung konstanter Reallöhne: Marx sei nicht von konstanten, sondern von (unterhalb der Produktivitätsentwicklung) steigenden Reallöhnen ausgegangen (Holländer 1974, S. 125, Stamatis 1977, S. 182). Die Formulierung dieses Einwands kann ebenfalls nicht befriedigen. Um bei Einführung neuer Produktionsmethoden, die dem Kostenkriterium genügen, eine fallende Profitrate begründen zu können, reicht die Annahme von weniger als die Produktivität steigenden Reallöhnen nicht aus; dafür müssen zusätzlich Annahmen über spezifische Kostenstrukturveränderungen infolge der neuen Produktionsmethoden gemacht werden — im allgemeinen in Gestalt einer Annahme über die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten (vgl. z.B. Holländer 1974). Damit entsteht aber erneut das Problem, wie sich derartige über das Kostenkriterium hinausgehende Annahmen begründen lassen, ohne auf kontingente empirische Beobachtungen zurückgreifen zu müssen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum kapitalistische Unternehmen diese Reallohnsteigerungen nicht antizipieren und bei ihren Investitionsentscheidungen berücksichtigen. Zwar ist wohl richtig, daß bei einer deskriptiven Zerlegung empirisch beobachtbarer negativer Profitratentrends häufig sowohl eine steigende Lohnquote als auch ein steigender Kapitalkoeffizient ermittelt werden kann, so daß infolgedessen der Profitratenfall als Resultat beider Faktoren erscheint. Aber durch eine derartige Faktorzerlegung wird nicht das theoretische Problem gelöst, ob und wie es zu einer im Trend fallenden Profitrate aufgrund der kapitalistischen Form der Einführung neuer Produktionsmethoden kommen kann. Die empirische Beobachtung widerspricht dem Okishio-Theorem nicht.

Um die mit diesem Theorem ausgedrückte Betrachtungsweise zu kritisieren, kommt es daher wesentlich darauf an, den Zusammenhang zwischen der Einführung neuer Produktionsmethoden unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den Reallohn- bzw. allgemeinen Kostensteigerungen zu entwickeln.¹⁴ Denn die vorherrschende Interpretation des Okishio-Theorems gewinnt ihre Überzeugungskraft nur daraus, daß in den für die Ableitung des Theorems verwendeten Modellen der Reallohn eine exogen bestimmte Größe ist. Wesentlich ist allerdings nicht die Voraussetzung konstanter Reallöhne! Solange nur eine für die Investitionsentscheidungen verlässlich voraussehbare Lohnentwicklung angenommen wird, zeigt das Kostenkriterium, daß die Profitrate jedenfalls nicht infolge der Einführung

neuer Produktionsmethoden fallen kann. Denn die Einführung neuer Produktionsmethoden ist in diesem Kontext per definitionem (und unter jeder wie auch immer dynamisierten *ceteris-paribus*-Annahme) ein kostenminimierender und mithin die Erlös-Kosten-Relation maximierender Vorgang. Deshalb liefert auch das Resultat Roemers, daß es bei konstanter Lohnquote zu einer fallenden Profitrate kommt, wenn im Kapitalgütersektor kapitalintensivere Produktionsmethoden eingeführt werden (Roemer 1978, 1981, S. 134 ff.), keine zum Okishio-Theorem alternative Betrachtungsweise. Zu einer an Marx' Leitgedanken orientierten neuen Betrachtungsweise kann es nur kommen, wenn die Annahme einer exogen bestimmten Lohnentwicklung fallengelassen wird, so daß dann Raum für die Überlegung entsteht, daß die kapitalistische Form der Einführung neuer Produktionsmethoden zwar eine kostenminimale Input-Output-Relation intendiert, jedoch in der Folge zu einem nicht-antizipierten Kostendruck führt.¹⁵ D.h., es muß gezeigt werden, daß und warum die neuen Produktionsmethoden nicht die mit ihrer Einführung intendierten Wirkungen haben (die durch das Okishio-Theorem formuliert werden).

3. Neue Produktionsmethoden und nicht-antizipierte Kosten

Die weitere Problemstellung betrifft also zunächst die Frage, wie durch die Einführung neuer Produktionsmethoden im kapitalistischen Akkumulationsprozeß zugleich die materiellen Bedingungen für Verteilungsaueinandersetzungen systematisch verändert werden. Zur Verdeutlichung sei nochmals an eine Variante der Marxschen Konjunkturtheorie erinnert, deren Grundzüge im Goodwin-Modell dargestellt worden sind. Ihr Grundgedanke zielt ebenfalls darauf ab, daß eine forcierte Kapitalakkumulation die Bedingungen der Verteilungsaueinandersetzung systematisch verändert. Der wesentliche Rückkoppelungsmechanismus liegt in diesem Fall darin, daß durch eine rasche Kapitalakkumulation die Angebots-Nachfrage-Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt so zugunsten der Anbieter von Arbeitskraft verändert werden, daß diese steigende Reallöhne durchsetzen und eine Senkung der Profitabilität der weiteren Kapitalverwertung bewirken können. Natürlich kann dieser Mechanismus keine überzyklischen Profitatendenzen erklären.¹⁶ Aber ein ähnlicher Rückkoppelungsmechanismus muß angenommen werden, um verstehbar zu machen, wie durch eine forcierte Kapitalakkumulation zugleich als nicht-intendierte Handlungsfolge ein überzyklisch wirksamer Kostendruck entstehen kann.

Ein solcher Rückkoppelungsmechanismus existiert in Gestalt der Externalisierung und verzögerten Internalisierung eines Teils der Kosten, die mit dem Akkumulationsprozeß notwendig verbunden sind. Um dies deutlich zu machen, gehen wir im Anschluß an Marx davon aus, daß die Kapitalakkumulation fortwährend von der Einführung neuer Produktionsmethoden begleitet wird. Wir setzen weiterhin voraus, daß aufgrund des Konkurrenzdrucks jede einzelwirtschaftliche Entscheidung über die Einführung neuer Produktionsmethoden sich von einem Kostenkriterium leiten läßt, das alle Investitionsaufwendungen berücksichtigt und die Implementierung einer neuen Technik nur dann zuläßt, wenn hierdurch eine Kostensenkung (bzw. bei Produktinnovationen eine höhere Profitrate) möglich erscheint. Wesentlich sind nun die Konsequenzen der privaten, einzelwirtschaftlichen Perspektive dieser Investitionsentscheidungen. In dieser Perspektive erscheint die Entscheidung über die Einführung einer neuen Produktionsmethode als Lösung des Problems der Auswahl einer kostenminimalen Relation solcher Inputs und Outputs, die als Waren mit Marktpreisen be-

wertet sind. In Wirklichkeit impliziert dagegen die Einführung neuer Produktionsmethoden stets auch eine Entscheidung über den Einsatz und die Nutzung externer, marktmäßig nicht bewerteter Produktionsvoraussetzungen. Tatsächlich wird hiervon in der einzelwirtschaftlichen Investitionsentscheidung auch nicht einfach abstrahiert (wie in den gewöhnlich diskutierten »Wahl-der-Technik«-Modellen). Vielmehr gehört zur privaten Kostenminimierung wesentlich auch eine maximale Nutzung aller »kostenlos« zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen des einzelwirtschaftlichen Produktionsprozesses. Oder anders formuliert: Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird bei einer gegebenen Struktur der Preise für Inputs und Outputs diejenige Technik aufgrund des Kostenkriteriums selektiert, die kostenminimal auch in dem Sinne ist, daß sie eine weitgehende Nutzung externer Produktionsvoraussetzungen ermöglicht. In diesem Sinne sprechen wir hier von Kostenexternalisierung.

Eine Kostenexternalisierung ist mehr oder weniger mit jeder neuen Produktionsmethode verbunden. Ihr Ausmaß hängt von dem Umfang ab, in dem nicht oder nur unvollständig spezifizierte Eigentumsrechte an relevanten Produktionsvoraussetzungen existieren oder bestehende Eigentumsrechte nicht durchgesetzt werden können. Die Implementierung neuer Techniken ist zwar nicht nur mit negativen, sondern auch mit positiven externen Effekten verbunden. Aber in ihrer Erzeugung und Verarbeitung besteht eine deutliche Asymmetrie. Positive externe Effekte erscheinen aus der Sicht ihrer Nutznießer als ersparte Aufwendungen und werden widerspruchlos hingenommen. Aus der Sicht ihrer Verursacher erscheinen sie als unfreiwillige, aber nicht ohne weiteres zu vermeidende Nebenwirkungen ihrer privaten Aktivitäten. Das Interesse der Verursacher zielt folglich nicht auf eine Ausweitung positiver externer Effekte, sondern eher darauf, sie in die Warenform zu bringen und sich bezahlen zu lassen. Anders ist die Konstellation bei negativen externen Effekten. Hier existiert ein privatwirtschaftliches Interesse an ihrer Ausdehnung, soweit dadurch Kosteneinsparungen möglich erscheinen. Zwar lauert in der Kostenexternalisierung bereits ein nachfolgendes Inzidenzproblem. Aber es wird in eine unbestimmte Zukunft verschoben, und es gibt keinen Mechanismus, der die Kosteninzidenz systematisch an die Kostenverursachung koppelt. Kommt es schließlich über die Internalisierung der negativen externen Effekte zu einem Kostenschub, so handelt es sich um nicht-antizipierte Kosten, die exogen verursacht erscheinen. Selbst wenn jedem Kapitalisten der Zusammenhang und die Folgen seines Verhaltens klar wären, würde ihn die Konkurrenz »bei Strafe des Untergangs« zu fortgesetzter Kostenexternalisierung zwingen. Auf diese Weise wird also die privatwirtschaftliche Organisationsform der Entscheidung über neue Produktionsmethoden insgesamt dazu tendieren, diejenigen neuen Techniken zu präferieren, deren Entwicklung und Implementation unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten der Kostenexternalisierung die privaten Kosten minimiert. Die mit der Kostenexternalisierung verbundenen externen Effekte erscheinen dabei gleich den positiven externen Effekten als nicht-intendierte Nebenwirkungen zweckrationalen Handelns.

Es kommt also, da der Prozeß der Kapitalakkumulation fortwährend von einer privat kalkulierten Einführung neuer Produktionsmethoden begleitet wird, durch die damit verbundene Erzeugung negativer externer Effekte auch zu einem fortwährenden Überhang an ungelösten Problemen, die sich in einer Beeinträchtigung des bereits erreichten Niveaus der privaten Produktions- und Lebensbedingungen äußern. Das ist zunächst für die Kosten- und Preisstruktur und mithin für die Profitabilität der neuen Produktionsmethoden ohne Bedeutung. Darauf beruht ja gerade der private Nutzen, der aus einer Kostenexternalisierung gezogen

werden kann. Aber der Problemüberhang existiert, und er wird — nach einer mehr oder weniger langen Verzögerungszeit, in der er sich aufstaut — dazu führen, daß die von den negativen externen Effekten Betroffenen dies nicht länger hinnehmen. Sie initiieren dann einen Prozeß, durch den diese Belastungen in der Form kostenwirksamer Forderungen zur Geltung gebracht werden.

In der Regel sind hierfür zunächst soziale Lernprozesse zur Beurteilung der negativen externen Effekte erforderlich. Kollektive Prozesse (mit dem dafür erforderlichen Organisationsbedarf) schließen sich an, in denen das Ziel einer Kompensation oder Beseitigung dieser Effekte verfolgt wird. Daraus können vielfältige Formen resultieren, in denen kostenwirksame Ansprüche geltend gemacht werden. Die angestauten Belastungen können zum Beispiel unmittelbar als Lohnforderungen zur Geltung gebracht werden; es können aber auch tarifvertragliche Regelungen zur Sicherung des langfristigen Arbeitsvermögens verlangt werden. Oder es werden Forderungen an den Staat gerichtet, damit dieser Produktionsauflagen zum Arbeitsschutz und zur Umweltentlastung durchsetzt, usw. In allen Fällen handelt es sich um Verteilungsauseinandersetzungen. Aber sie verdanken sich nicht — wie in der üblichen Betrachtungsweise — willkürlich formulierten Einkommensansprüchen (die den Lohnabhängigen zumeist in Analogie zum Ziel der Profitmaximierung unterstellt werden); sondern diese Verteilungsauseinandersetzungen haben in der vorgängigen Erzeugung negativer externer Effekte eine reale Grundlage.

In diesen Verteilungsauseinandersetzungen zeigen sich dann die bei der Einführung und Kalkulation der neuen Produktionsmethoden vernachlässigten, externalisierten Kosten. Die Kostenexternalisierung, die zunächst hohe Profitabilität der neuen Produktionsmethoden erwarten ließ, schlägt als Kostendruck auf den kapitalistischen Akkumulationsprozeß zurück.

Der Zusammenhang ist allerdings mehrfach verschleiert. Die Verteilungsauseinandersetzungen zielen darauf, Kosten der Einführung neuer Produktionsmethoden zur Geltung zu bringen, die zum Zeitpunkt der Einführung dieser Produktionsmethoden nicht kalkuliert worden sind. Bereits durch die zeitliche Verzögerung, die wegen der erforderlichen sozialen Lernprozesse typischerweise lang ist, wird der Zusammenhang von Kostenexternalisierung und -internalisierung verschleiert. Hinzu kommt, daß sich der aus der Verarbeitung negativer externer Effekte entwickelnde Kostendruck sowohl in einer steigenden Lohnquote, einer wachsenden Staatsquote, als auch in einem steigenden Kapitalkoeffizienten (wenn man etwa an direkte Produktionsauflagen denkt) äußern kann, so daß auch deshalb eine eindeutige Zurechnung als Produktionskosten nicht möglich ist.¹⁷ Wesentlich ist jedoch, daß die Abwehr möglicher Kosten der negativen externen Effekte in der privaten Organisationsform der Entscheidungen über die Einführung neuer Produktionsmethoden eine für jeden einzelnen Kapitalisten zwingende materielle Grundlage hat. Dem korrespondiert der Technik-Begriff der herrschenden ökonomischen Theorie. Er erfaßt Inputs und Outputs nur, sofern sie Warenform haben und als Kosten und Erlöse im monetären Sinne reflektiert werden können; er schließt also die Berücksichtigung externer Effekte und durch sie induzierter Kosten von vornherein aus.

4. Konsequenzen für eine Theorie der Profitratenentwicklung

Die Überlegung des vorangegangenen Abschnitts zeigt, wie es zu systematischen Abweichungen zwischen der auf Grundlage des Kostenkriteriums einzelwirtschaftlich erwarteten

Profitabilität neuer Produktionsmethoden und der im nachhinein im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt realisierten Profitrate kommen kann: zwischen die einzelwirtschaftliche Bewertung einer neuen Technik und das gesamtwirtschaftlich resultierende Verwertungsergebnis tritt eine induzierte Verteilungsauseinandersetzung um die Kompensation von gesellschaftlichen Technikfolgen. Erst die Ergebnisse dieser Verteilungsauseinandersetzung, die externe Effekte der neuen Produktionsmethoden in eine kostenwirksame Form bringt, bestimmen die tatsächlich mit den neuen Produktionsmethoden im längerfristigen Durchschnitt erzielbare Profitrate.

Diese Überlegung liefert einen systematischen Leitfaden für die Interpretation empirisch beobachtbarer negativer Profitratentrends, der in Übereinstimmung mit der in den ersten beiden Abschnitten skizzierten Marxschen Theoriebildungsintention steht. Wenn man diesem Leitfaden folgt, besteht also die Aufgabe darin zu zeigen, wie es durch eine bestimmte soziale Verarbeitung negativer externer Effekte infolge der Einführung neuer Produktionsmethoden zu einem im Verlauf der weiteren Kapitalakkumulation anhaltenden Kostendruck gekommen ist (und unter vergleichbaren Verhältnissen wahrscheinlich wieder kommen wird), der sich in einer überzyklisch anhaltenden Veränderung in den Verteilungsrelationen und ggf. auch im Kapitalkoeffizienten niederschlägt.

Die Bearbeitung einer solchen Aufgabenstellung kann — wie bereits oben dargelegt — nicht die Form eines Modells annehmen, das die Notwendigkeit eines säkularen Falls der Profitrate logisch konsistent formuliert. Es geht vielmehr um die Formulierung brauchbarer Arbeitshypothesen zur Erklärung historisch bestimmter Entwicklungsphasen der Kapitalakkumulation. Das praktische Interesse richtet sich dann auf das Verständnis aktueller Wachstumskrisen. Dabei wird man in der Regel von einer vorausgegangenen, längerfristig andauernden überzyklischen Phase beschleunigter Kapitalakkumulation ausgehen können. Dann liegt auch die Arbeitshypothese nahe, daß derartige Phasen der Kapitalakkumulation nicht nur entscheidend auf der Möglichkeit fortgesetzter Kostenexternalisierung beruhen, sondern zugleich mit ihrem Fortgang auch die Bedingungen für eine anhaltende Kosteninternalisierung und auf diesem Wege schließlich für eine Akkumulationskrise¹⁸ schaffen.

Denn erstens findet in derartigen Phasen der Kapitalakkumulation ein rascher Anstieg des durch Kostenexternalisierung erzeugten Problemdrucks statt. Dieser staut sich als Problemüberhang an, weil er unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht kontinuierlich abgebaut, sondern allenfalls über die mit der wirtschaftlichen Expansion verbundenen Einkommenssteigerungen individuell kompensiert wird. Ein Beispiel sind die durch rasches Wirtschaftswachstum hervorgerufenen Agglomerationseffekte (Kaehler 1982). Die räumliche und personelle Konzentration von Belastungswirkungen aus externen Effekten läßt die Existenz und Bedeutung eines Überhangs an zu bewältigenden Problemen massenhaft spürbar werden und fördert zugleich die für eine effektive Kosteninternalisierung erforderlichen sozialen Lernprozesse. Ein anderer Fall wäre etwa darin zu sehen, daß sich mit rascher und fortgesetzter Einführung neuer Technologien und der damit einhergehenden Umschichtung des Arbeitskräftepotentials, insbesondere einer verstärkten Einbeziehung von Frauen und Ausländern in den Produktionsprozeß, die Nachfrage nach sozialen Leistungen erhöht und sich überdies die Struktur der konsumtiven Endnachfrage zugenommen eines höheren Anteils von Waren verändert, deren Gebrauch mit externen Effekten verbunden ist (Hirsch 1976). Zweitens liefert eine Phase rascher Kapitalakkumulation günstige Voraussetzungen für die Entwicklung und Ausbreitung neuer Formen der Interessenorganisation zur Durchsetzung von Kompensationsansprüchen bzw. zur Beseitigung negativer externer Effekte. Die Ent-

wicklung und Ausbreitung organisierter Interessenvertretung ist vor allem dann von besonderer Bedeutung, wenn sie wegen des Staus unbewältigter Probleme bislang nicht organisierte Interessen erfaßt. Dann werden soziale Probleme virulent, die sich lange Zeit unterschwerlich, als scheinbar nur private Beeinträchtigungen, bemerkbar gemacht hatten. Man kann hier von einem »organisatorischen Lerneffekt« sprechen, der den Transformationsprozeß externer Effekte in die Formulierung neuer Ansprüche und Forderungen beschleunigt (und ihm vielleicht auch eine spezifische Zeitstruktur verleiht).

Drittens schließlich erzeugt eine anhaltende Phase raschen Wirtschaftswachstums auch die ökonomischen Bedingungen, die für eine effektive Durchsetzung dieser neuen (freilich im Prozeß beschleunigter Kapitalakkumulation materiell begründeten) Ansprüche und Forderungen günstig sind. Dies betrifft nicht nur die Arbeitsmarktsituation, sondern auch die Erwartungsbildung der Unternehmer, die längere Zeit noch glauben können, einem bereits einsetzenden Kostendruck mit mengenmäßiger Expansion begegnen zu können (wobei die Konjunkturbewegungen während dieser Phase eine solche Erwartungsbildung eher stabilisieren als destabilisieren).

Mit diesen Argumentationsschritten kann u.E. gezeigt werden, daß eine Phase anhaltend forcierten Wirtschaftswachstums die schließlich entscheidende Voraussetzung dafür ist, daß ein durch Kostenexternalisierung aufgebauter Problemstau über einen Internalisierungsprozeß zu einem anhaltenden Kostendruck führt. Zu einem Fall der Profitrate kommt es dann, wenn folgende zwei Bedingungen erfüllt sind:

(1) daß ein anhaltend steigender Kostendruck nicht problemlos weitergegeben werden kann und

(2) daß die Kostensteigerungen nicht durch konjunkturelle Krisen periodisch wieder vollständig abgebaut werden können.

zu (1): Gegen die Annahme, daß steigende Kosten stets überwälzt werden können, sprechen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen¹⁹. Dies zeigt bereits ein erneuter Hinweis auf den in zahlreichen Länderstudien belegten Sachverhalt einer auch überzyklisch anhaltenden Veränderung in den Verteilungsrelationen. Ein Gesichtspunkt zur Erklärung dieses Sachverhalts liegt darin, daß gerade bei Kosten, die ihre Existenz einer Internalisierung externer Effekte verdanken, Struktureffekte auftreten, die einer Überwälzung im Wege stehen. Eine Kosteninternalisierung findet nicht nur mit einer mehr oder weniger langen zeitlichen Verzögerung statt, sondern sie trifft auch die Einzelkapitale nicht in dem Maße, in dem diese vorher Nutznießer der Kostenexternalisierung waren. Die mit einer Kosteninternalisierung durchgesetzten Einkommensansprüche führen daher in der Regel auch nicht zu einer zusätzlichen Nachfrage nach denjenigen Waren, bei deren Produktion die höheren Kosten anfallen. Es kommt zu einer Nachfragestrukturveränderung, die durch die zunächst nominale Verteilungsänderung sowie durch die politische Verarbeitungsform der im Zuge der Kostenexternalisierung entstandenen materiellen Belastungen bestimmt ist. Überwälzungsprobleme für Teile des Gesamtkapitals resultieren aber auch schon daraus, daß der Kostendruck wegen der unterschiedlichen quantitativen Bedeutung der verschiedenen Kostenarten die Einzelkapitale unterschiedlich trifft. Hierdurch kommt es zu einem strukturellen Anpassungsbedarf für die Gesamtwirtschaft sowie zu partiellen Schrumpfungsprozessen mit kumulativen Effekten, die dann auch Nachfragerückgang und entsprechende Überwälzungsprobleme an anderer Stelle auslösen.

zu (2): Führen mangelnde Überwälzungsmöglichkeiten in Verbindung mit negativen kumu-

lativen Prozessen zu einer konjunkturellen Krise, so wäre es denkbar, daß hierdurch der Kostenanstieg gebrochen und die alte Profitabilität wieder hergestellt wird. Aber auch dies ist nicht notwendigerweise der Fall. Der Grund liegt in dem Charakter der Kosten, die infolge der Verarbeitung negativer externer Effekte entstehen. Ein erheblicher Teil dieser Kosten nimmt die Form von Fixkosten an, so daß kurzfristige zyklische Variationen im Produktionsniveau diese Kostengrößen nur unwesentlich beeinflussen können. Der Entstehungsprozeß dieser Kosten impliziert ja gerade, daß sie nicht als Ausdruck kurzfristig veränderter Knappheitssituationen auf Märkten anzusehen sind, sondern den monetären Ausdruck einer Kompensation von im allgemeinen langfristigen Problemen darstellen. Der hohe Grad an Unabhängigkeit dieser Kosten vom aktuellen Niveau der Produktion wird unmittelbar sichtbar bei staatlichen Produktionsauflagen, staatlich geregelten sozialen Kosten und zahlreichen sog. Lohnnebenkosten; er zeigt sich aber auch in dem Widerstand, der allen Versuchen einer Reallohnsenkung entgegengebracht wird.²⁰

Der Grundgedanke unseres Arguments läßt sich also dahingehend zusammenfassen, daß bei der an privater Kapitalverwertung orientierten Einführung neuer Produktionsmethoden nicht die wirklichen (gesellschaftlichen), sondern nur die nicht-externalisierten Kosten kalkuliert und minimiert werden. Infolgedessen wird ein fortwährender Überhang an sozialen Problemen erzeugt, der unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen deshalb nicht kontinuierlich abgebaut werden kann, weil der für sie zentrale Steuerungsmechanismus — das Preissystem — systematisch überfordert ist. Kommt es schließlich über soziale Lernprozesse zur Internalisierung der aus dem Wirkungszusammenhang des Preissystems externalisierten Effekte des kapitalistischen Profitstrebens, so führen die weder kontinuierlich (durch Überwälzung) noch zyklisch (durch konjunkturelle Anspruchsämpfung) abbaubaren Kostensteigerungen zu Verwerfungen der Preisstruktur, aus denen eine überkonjunkturell fortdauernde negative Tendenz der Profitrate resultiert.

Es sprechen also einige Gründe dafür, daß sich durch die soziale Verarbeitung unerwünschter Technikfolgen ein anhaltender Kostendruck entwickeln kann, der nicht kontinuierlich und auch nicht durch konjunkturelle Krisen periodisch abgebaut wird. So erhält man, wenn sich diese Argumentation erhärten läßt, eine Betrachtungsweise, die in Übereinstimmung mit Marx' Leitgedanken eine endogene Erklärung auch überzyklischer Bewegungen der Profitrate und infolgedessen der Kapitalakkumulation ermöglicht. Dieser Ansatz verdankt sich dem Bemühen, eine Theorie zur Erklärung eines realen, empirisch konstatierbaren Sachverhalts zu entwickeln, statt die logischen Implikationen nicht begründbarer Annahmen, wie z.B. der über das Entwicklungsverhältnis von Reallohn und Kapitalkoeffizient, auszuloten. Dementsprechend wird die Existenz überzyklischer Phasen einer negativen Profitratenentwicklung auf den Widerspruch zwischen der an privater Kapitalverwertung orientierten Einführung neuer Produktionsmethoden und der sozialen Verarbeitung der daraus resultierenden negativen externen Effekte zurückgeführt.

5. Profitratenentwicklung und Akkumulationskrise

Unsere bisherige Argumentation zeigt, wie sich gerade unter den Bedingungen einer anhaltend expansiven Phase der wirtschaftlichen Entwicklung — so in den ersten beiden Nachkriegsdekaden in der Bundesrepublik Deutschland — eine Tendenz zum Fallen der Profitrate

endogen herausbilden kann. Hiermit ist dann auch die Möglichkeit einer überzyklisch anhaltenden Stagnationstendenz impliziert.

Wir bezeichnen eine Krise, die im Zusammenhang mit einem tendenziellen Fall der Profitrate steht, als »Akkumulationskrise«, sowohl um sie von der kurzfristigen konjunkturellen Form der Krise abzusetzen als auch um die Konnotationen anderer Bezeichnungen zu vermeiden. So enthalten etwa die Begriffe »Strukturkrise« oder »Wachstumskrise« keinen Hinweis auf systemspezifische, also der Eigenart kapitalistischer Entwicklungsdynamik zuzuschreibende, Krisengründe. Dagegen lokalisiert die Vorstellung, die mit der Bezeichnung der gegenwärtigen Krise als »Akkumulationskrise« verbunden ist, das Krisenzentrum im privat-dezentralen Entscheidungsprozeß von Unternehmern über die Verwendung der produktiven Ressourcen unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertung als Kapital. Damit drückt der Begriff Akkumulationskrise die Stockung der Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital aufgrund der Erwartung einer unzureichenden Rendite aus.

In Analogie zur weiter oben erwähnten Möglichkeit einer Erklärung der oberen Wendepunkte im Konjunkturzyklus wird also auch bei der Erklärung der Akkumulationskrise ein »profit squeeze« als wesentliche Ursache abnehmender Investitionstätigkeit behauptet. Während jedoch das konjunkturtheoretische Argument auf die Entstehung (und Auflösung) der Profitklemme durch die akkumulationsbedingte Änderung der verteilungsrelevanten Knappheitsrelationen auf den Märkten abstellt, ist für die Akkumulationskrise die (mittelfristige) Änderung der kurzfristig inflexiblen Verteilungsparameter ausschlaggebend.

Diese Behauptung provoziert allerdings die Frage, die auch im Mittelpunkt einer Begründung des tendenziellen Falls der Profitrate steht: Warum erlahmt die Investitionstätigkeit nicht sofort mit dem Sinken der Profitrate und erzwingt über die damit erzeugte Arbeitslosigkeit eine Korrektur der Verteilung zugunsten des Profits? Um diese Frage zu behandeln, ist es wichtig, sich genauer mit der Bedeutung eines profit squeeze auseinanderzusetzen. Es mag naheliegen, hier einen Zusammenhang mit den Finanzierungsspielräumen für Investitionen herzustellen. Danach sinkt die Akkumulationsrate dann, wenn die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen sich durch den profit squeeze so verringert haben, daß eine Einschränkung der Investitionstätigkeit unvermeidlich ist. Diese Vorstellung mag für bestimmte Einzelkapitale — etwa kleine Unternehmen mit beschränktem Zugang zum Kapitalmarkt — zutreffen, nicht aber für die Ökonomie als Ganze. Hier macht es die flexible Geldversorgung auf der Basis der Giralgeldschöpfung möglich, die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen von der aktuell erzielten Gewinnsumme loszulösen, so daß die Akkumulationsrate zumindest zeitweilig signifikant über der Profitrate liegen kann. In dieser Hinsicht wird also kein sehr enger Zusammenhang zwischen Profitratenentwicklung und Investitionstätigkeit zu erwarten sein.

Deshalb erscheint es uns angemessen, die Verbindung zwischen Profitrate und Akkumulation anders zu interpretieren. Die Entwicklung der Profitrate beeinflusst die Zukunftserwartungen der Investoren und führt zu Anpassungsreaktionen der Investitionstätigkeit, je nach Einschätzung der zukünftigen Absatz- und Gewinnentwicklung. Hinsichtlich der Reaktionen der Investoren kann wiederum differenziert werden in eine kurz- und eine mittelfristige Anpassung der Investitionstätigkeit. Kurzfristige Reaktionen beziehen sich auf die Investitionszeitpunkte: Investitionen werden vorgezogen oder aufgeschoben, ohne daß sich an der längerfristigen Kapazitätsplanung etwas ändert. Diese Anpassungsform dominiert u.E. im Konjunkturzyklus. Die mittelfristigen Anpassungen bestehen jedoch in einer Revision der längerfristigen Investitionspläne. Da die Dynamik des Multiplikator-Akzeleratorprozesses

die negative Profitratentendenz immer wieder kurzfristig durchbricht und die inflationäre Überlagerung der Entwicklung auf politischem Wege nicht ohne Inkaufnahme einer anhaltenden Unterbeschäftigungssituation verhindert werden kann, findet eine Revision der längerfristigen Investitionspläne nur in relativ kleinen Schritten über mehrere Konjunkturzyklen hinweg statt. Die trendmäßige Verteilungsentwicklung gewinnt also erst in mittlerer Frist Einfluß auf die Grundgeschwindigkeit der Akkumulation, wie umgekehrt nur das längerfristige Durchschnittstempo der Akkumulation Einfluß auf die von den Marktknappheiten unabhängigen Verteilungsdeterminanten hat. Die Betrachtung des Zusammenhangs als Interaktionsprozeß schließt auch aus, eine letzte Ursache für die anhaltende Akkumulationskrise bei einer der Systemvariablen suchen zu wollen. Ihre endogene Erklärung verweist vielmehr darauf, daß sie wie die konjunkturelle Krise eine Systemeigenschaft, also eine Konsequenz der kapitalistischen Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist.

Auf diese Weise läßt sich auch zu einer Erklärung des Sachverhaltes gelangen, daß es einerseits starke zyklische Schwankungen der Investitionsausgaben gibt, andererseits in bestimmten Phasen auch trendmäßige Änderungen des Investitionsvolumens eintreten. Die tendenziell fallende Profitrate ist hier gleichsam der Hintergrund, vor dem sich kurzfristige konjunkturelle Bewegungen vollziehen. Die Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem eine konjunkturelle Krise zu einer anhaltenden Akkumulationskrise wird — etwa durch die Begründung von entscheidungsrelevanten Schwellenwerten für die Profitrate — ist allerdings theoretisch nicht möglich. Als Auslöser können hier alle die mittelfristige Zukunftserwartung tangierenden Ereignisse fungieren: neben ökonomischen also vor allem auch politische Vorgänge, die auf dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung als nachhaltig betrachtet werden.

Den für die Erklärung der anhaltenden Akkumulationskrise entscheidenden Rückkopplungsmechanismus zwischen Investitionstätigkeit und Verteilung haben wir in Anlehnung an die für die Begründung des Marxschen Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate zentrale Vorstellung nicht-intendierter Folgen privater Investitionsentscheidungen konstruiert. Der im Vergleich zum Entstehungsprozeß der konjunkturell bedeutsamen *bottle necks* auf Märkten erheblich größere Zeitbedarf für die Herausbildung mittelfristig wirksamer Folgen der Kapitalakkumulation geht darauf zurück, daß diese über soziale Lernprozesse, die Bildung von Interessenorganisationen und die Durchsetzung politischer Forderungen bei der Internalisierung der externen Effekte der Kapitalakkumulation vermittelt sind. Der Abbau des Drucks auf die Profitrate kann deshalb auch nicht allein durch das klassische Mittel der »industriellen Reservearmee« zustande kommen. Nicht die Änderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des bestehenden Institutionengefüges, sondern die Änderung der Institutionen selbst wird in der Akkumulationskrise zum zentralen Feld der Auseinandersetzung.

Anmerkungen

- 1 Die Grundzüge dieser Theorie hat Marx im 1. Band des Kapital, 23. Kapitel (cf. Marx 1867) dargelegt. Vgl. auch die Formalisierung der Kerngedanken bei Goodwin 1967.
Die hierdurch formulierte theoretische Aufgabe ist inzwischen, auch unter dem Einfluß von Keynes, von vielen Ökonomen akzeptiert worden. Es wird insoweit anerkannt, daß konjunkturelle Krisen nicht durch historisch zufällige (kontingente) Veränderungen in der Systemumwelt (einschließlich der psychischen Verfaßtheit der beteiligten Individuen), sondern als nicht-intendierte Handlungsfolgen aus einem gesellschaftlich bestimmten Interaktionszusammenhang der Wirtschaftssubjekte zu erklären sind. In den makroökonomisch formulierten Multiplikator-Akzelerator-Modellen wird dies freilich nicht unmittelbar deutlich. Vgl. aber die disaggregierte Version eines solchen Modells bei Schwartz 1961, S. 59 ff., die dort unter ausdrücklichem Rückgriff auf die Theorie nicht-kooperativer Spiele interpretiert wird und die von uns gemeinte logische Struktur gut verdeutlicht.
- 2 Dieser wesentliche Gedankengang ist lange Zeit aus dem Blickfeld der Politischen Ökonomie geraten. Erst im Anschluß an neuere interaktionstheoretische Ansätze zu Theorien des sozialen Wandels wird er wieder stärker, auch von marxistischer Seite, diskutiert. Vgl. als sehr kurzen Überblick Van Parijs 1982.
- 3 Hier sei auf folgende Arbeiten verwiesen: Für die USA: Nordhaus 1974, Weisskopf 1979; für England: Glyn/Sutcliffe 1974, Williams 1981; für die BRD: Ipsen 1983, S. 95 ff.
- 4 Der empirische Befund läßt allerdings nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß den überzyklisch anhaltenden Phasen unterschiedlicher Profitratenentwicklung eindeutige Trends, den Phasenübergängen also Trendbrüche zugrunde liegen. Cf. Feldstein/Summers 1977, Holland/Meyers 1980 und Hill 1979.
- 5 Die Diskussion über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wird sehr gut zusammengefaßt in Hodgson 1974 und Van Parijs 1980.
- 6 Vgl. die Erörterung dieser Frage bei Künzel 1974, S. 268 ff. und Stamatis 1977, S. 279 ff.
- 7 Es gilt also, Marx' Leitgedanken über die Bedeutung nicht-intendierter Handlungsfolgen auf mittelfristiger Ebene weiterzuführen. Bei Marx selbst wird zwar an vielen Stellen der zentrale Leitgedanke deutlich herausgearbeitet (z.B. Marx 1894, S. 275), aber mit der bekannten Argumentation, die von der Entwicklung der technischen auf die Wertzusammensetzung des Kapitals schließen möchte, wird gerade für diesen Leitgedanken keine überzeugende Begründung geliefert.
- 8 Vgl. z.B. Okishio 1961. Bei Marx selbst finden sich mehrere Überlegungen, die zeigen, daß auch er von einem solchen Kostenkriterium ausgegangen ist (z.B. Marx 1867, S. 414 f.).
- 9 In der durch die verwendeten Modelle bedingten strikten Form bezieht sich das Kostenkriterium auch nur auf Prozessinnovationen. Bei Produktinnovationen kann aber analog von dem Kriterium einer höheren erwarteten Profitrate ausgegangen werden.
- 10 Ein strikter Beweis wurde zuerst von Okishio 1961 geführt. Reformulierungen und Verallgemeinerungen finden sich bei Roemer 1977, 1978, 1979.
- 11 Okishio 1961, S. 92. Die Kritik findet sich ähnlich bei zahlreichen anderen Autoren, z.B. Roemer 1977, Cogoy 1982, S. 49. Vgl. zur Diskussion auch Funke 1983.
- 12 Es entspricht auch der Marx'schen Theoriebildungsentention, die wesentlich auf eine »mikroökonomische Fundierung« (Roemer 1979, S. 380 f.) makroökonomischer Phänomene hinauslief.
- 13 Vgl. hierzu die sich an Shaik 1978 anschließende Diskussion im Cambridge Journal of Economics 1980 sowie auch Van Parijs 1980. Im Mittelpunkt dieser Diskussion, die u.E. noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat, steht die Frage, wie eine angemessene Vorstellung über rationales Innovationsverhalten unter Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz gebildet werden kann.
- 14 Ein ähnlicher Ansatz findet sich bei Roemer 1978, S. 155. In eine ganz andere Richtung argumentiert Christiansen 1976, S. 22, der gegen die gewöhnlich auf das Kostenkriterium gegründeten Überlegungen einwendet: »It is assumed that technical change comes about through capitalists choosing, on the basis of the profit criterion, among different existing techniques of production with a higher

or lower organic composition of capital. In other words, the basic approach assumes given choice situations for capitalists. It thus neglects the more fundamental question of how these choice situations are generated by the historical development of social forces«. Aber diese Überlegung bleibt unausgeführt, und es ist schwer einsehbar, wie sie zu einer systematischen Betrachtung führen könnte.

- 15 Vgl. auch die Schlußfolgerungen bei Roemer 1981, S. 144 f.
- 16 Es ist auch nicht sicher, daß dies der für die Entstehung konjunktureller Prozesse entscheidende Mechanismus ist. Wir sehen vielmehr im Multiplikator-Akzelerator-Mechanismus die Grundlage konjunktureller Expansions- und Kontraktionsprozesse. Verteilungsänderungen müssen dagegen bei der Erklärung der oberen und unteren Wendepunkte berücksichtigt werden.
- 17 Der Vorgang der Transformation sozialer Belastungen in Kosten, als Prozeß der Kostengenerierung verstanden, verweist zugleich darauf, daß es eine falsche Verengung der Perspektive darstellt, wenn man die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen des Produktionsmitteleinsatzes allein an der Entwicklung des Kapitalkoeffizienten messen wollte. Es liegt geradezu im Prinzip des doppelten Vorgangs von Kostenexternalisierung und zeitlich verzögerter Internalisierung, daß die hierbei 'neu definierten' Zusatzkosten nicht an der Stelle verbucht werden, an der sie verursacht worden sind. So kann z.B. die Kompensation einer hohen Arbeitsintensität etwa in der Form tariflicher Arbeitszeit- und Pausenregelungen die Nutzungszeit einer Anlage senken und damit die Kapitalkosten je Stück erhöhen, aber sie kann auch in steigenden Reallöhnen oder steigenden Staatsabgaben für die Finanzierung von Sozialversicherungsleistungen bestehen.
- 18 Der zeitliche Beginn einer Akkumulationskrise folgt nicht systematisch aus unserem bisherigen Gedankengang. Es ist auch strittig, ob hierfür hinreichende systematische Gründe überhaupt gefunden werden können bzw. inwieweit auf kontingente Umstände Bezug genommen werden muß.
- 19 Vgl. die zusammenfassende Arbeit von Mückl 1975.
- 20 Vgl. die Untersuchung von Weisskopf 1979, in der die konjunkturelle »stickiness« der Reallöhne nach unten als Ausdruck einer besonderen Verteidigungskraft der Lohnabhängigen erscheint. Unsere Argumentation liefert dann einen Hinweis auf die materielle Basis dieser Verteidigungskraft.

Literatur

- Baisch 1977: H. Baisch et al., *Die Wirtschaftskrise in der BRD*, in: Leviathan, Jg. 5 Heft 2, 1977
- Blechschildt 1981: A. Blechschildt, *Rentabilität und Krise — Diskussion und Berechnung der Rendite von 1960-1975 für die gewerbliche Wirtschaft in der BRD*, Frankfurt/M. 1981
- Christiansen 1976: J. Christiansen, *Marx and the Falling Rate of Profit*, in: Am. Ec. Rev., Pap. & Proc. 1976, S. 20-26
- Cogoy 1982: M. Cogoy, *Produktion, Markt und technischer Fortschritt*, in: Analyse und Kritik, Jg. 4/1982, S. 39-70
- Davidson 1981: P. Davidson, *Post Keynesian Economics*, in: D. Bell, I. Kristol (ed.), *The Crisis in Economic Theory*, New York 1981, S. 151-173
- Feldstein/Summers 1977: M. Feldstein, L. Summers, *Is the Rate of Profit Falling?*, in: Brookings Papers on Economic Activity 1977, S. 211-228
- Funke 1983: M. Funke, *Technikwahl und Profitrate — Ein kritischer Überblick über die derzeitige Diskussion zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, in: Hefte für Politische Ökonomie 5/1983, S. 77 ff.
- Glyn/Sutcliffe 1974: A. Glyn, B. Sutcliffe, *Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens*, Berlin 1974
- Goodwin 1967: R.M. Goodwin, *A Growth Cycle*, in: C.H. Feinstein (ed.), *Capitalism and Economic Growth*, Cambridge 1967, S. 54-58

- Hill 1979: T.P. Hill, *Profits and Rates of Return*, OECD, Paris 1979
- Hirsch 1976: F. Hirsch, *Social Limits to Growth*, Cambridge 1976; deutsch: *Die sozialen Grenzen des Wachstums — Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, Reinbek 1980
- Hodgson 1974: G. Hodgson, *The Theory of the Falling Rate of Profit*, in: *New Left Review* 84/1974, S. 55-82
- Holland/Meyers 1980: D.M. Holland, S.C. Meyers, *Profitability and Capital Costs for Manufacturing Corporations and All Nonfinancial Corporations*, in: *American Economic Review* 70/1980, S. 320-325
- Holländer 1974: H. Holländer, *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, in: *Mehrwert* Nr. 6, Berlin 1974, S. 105-135
- Ipsen 1983: D. Ipsen, *Die Stabilität des Wachstums. Theoretische Kontroversen und empirische Untersuchungen zur Destabilisierung der Nachkriegsentwicklung*, Frankfurt/M. 1983
- Kaehler 1982: J. Kaehler, *Agglomeration und Staatsausgaben — Brechtsches und Wagnersches Gesetz im Vergleich*, in: *Finanzarchiv* 40/1982, S. 445-474
- Künzel 1974: R. Künzel, *Die Krisentendenz der auf den Wert gegründeten Produktionsweise*, Berlin 1974
- Marx 1867: K. Marx, *Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie*, 1. Band, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1969
- Marx 1894: K. Marx, *Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie*, 3. Band, Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1969
- Mücl/Hauser 1975: W.J. Mücl, R. Hauser, *Die Wirkungen der Inflation auf die Einkommens- und die Vermögensverteilung — Zwei Literaturstudien*, Göttingen 1975
- Nakatani 1980: T. Nakatani, *The Law of Falling Rate of Profit and the Competitive Battle: Comment on Shaik*, in: *Cambridge Journal of Economics* 4/1980, S. 65-68
- Nordhaus 1974: W. D. Nordhaus, *The Falling Share of Profits*, in: *Brooking Papers on Economic Activity* 1974, S. 169-217
- Okishio 1961: N. Okishio, *Technical Change and the Rate of Profit*, in: *Kobe University Economic Review* 7/1961, S. 85-99, dtsh. in: H.G. Nutzinger, E. Wolfstetter (Hrsg.), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik*, Bd. 2, Ffm. und NY 1974, S. 173-191
- Roemer 1977: J.E. Roemer, *Technical Change and the 'Tendency of the Rate of Profit to Fall'*, in: *Journal of Economic Theory* 16/1977, S. 403-424
- Roemer 1978: J.E. Roemer, *The Effect of Technological Change on the Real Wage and Marx's Falling Rate of Profit*, in: *Australian Economic Papers* 17/1978, S. 152-166
- Roemer 1979: J.E. Roemer, *Continuing Controversy on the Falling Rate of Profit: Fixed Capital and Other Issues*, in: *Cambridge Journal of Economics* 3/1979, S. 379-398
- Roemer 1981: J.E. Roemer, *Analytical Foundations of Marxian Economic Theory*, Cambridge 1981
- Schwartz 1961: J.T. Schwartz, *Lectures on the Mathematical Method in Analytical Economics*, New York 1961
- Shaik 1978: A. Shaik, *Political Economy and Capitalism: Notes on Dobb's Theory of Crisis*, in: *Cambridge Journal of Economics* 2/1978, S. 233-251
- Shaik 1980: A. Shaik, *Marxian Competition versus Perfect Competition: Further Comments on the So-called Choice of Technique*, in: *Cambridge Journal of Economics* 4/1980, S. 75-83
- Stamatis 1977: G. Stamatis, *Die 'spezifisch kapitalistischen' Produktionsmethoden und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx*, Berlin 1977
- Van Parijs 1980: P. Van Parijs, *The Falling-Rate-of-Profit Theory of Crisis: A Rational Reconstruction by Way of Obituary*, in: *Review of Radical Political Economics* 1980, S. 1-16
- Van Parijs 1982: P. Van Parijs, *Perverse Effects and Social Contradictions: Analytical Vindication of Dialectics?* in: *British Journal of Sociology* 3/1982, S. 589-603
- Williams 1981: N.P. Williams, *Influences on the Profitability of Twenty-Two Industrial Sectors*, Bank of England Discussion Paper 15, 1981
- Weisskopf 1979: T.E. Weisskopf, *Marxian Crisis Theory and the Rate of Profit in the Postwar U.S. Economy*, in: *Cambridge Journal of Economics* 3/1979, S. 341-378